

28. November 2007
Presseaussendung der Arbeiterkammer Wien

Wirtschaft/Verkehr/Lkw/Gigaliner/EU/Arbeiterkammer

AK fordert von der EU STOPP für 60-Tonnen-Monster-Lkw auf österreichischen Straßen

25-Meter-Gigaliner bringen mindestens fünf Prozent mehr Verkehr. Die Folge: Mehr Staus und noch mehr Umweltverschmutzung

Wien (OTS) - Ein klares Nein zu einer europaweiten Zulassung von Gigalinern verlangt die Arbeiterkammer vom morgen, Donnerstag, tagenden EU-Verkehrsmisterrat. Hintergrund: Eine Lobby aus Fahrzeugindustrie und verladender Industrie versucht gerade eine Zulassung dieser mehr als 25 Meter langen und bis zu 60 Tonnen schweren Riesen-Lkw durchzusetzen. "Wir wollen den Schwerverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern", sagt Maria Kubitschek, Leiterin des AK Wirtschaftsbereichs, "solche Riesen Lkw würden genau das Gegenteil bewirken." Grund: Gigaliner machen den Straßen-Güterverkehr für die Wirtschaft günstiger. Die Folge: Zunahme des Lkw Verkehrs um mindestens fünf Prozent, Zunahme des Treibstoffverbrauchs und der Umweltbelastung und immer mehr Druck und Verantwortung für die Lenker. Deutsche Studien sprechen sogar davon, dass wegen des Rationalisierungspotenzials dieser 60-Tonner bis zu 55 Prozent des Schienenverkehrs im kombinierten Verkehr auf der Straße landen würden. "Die Menschen haben genug vom Lkw-Verkehr auf Österreichs Straßen", sagt Kubitschek, "solche Lkw-Monster mögen in den Wüsten Australiens oder in den skandinavischen Weiten funktionieren - in Österreich können wir sie nicht gebrauchen. Wir von der AK unterstützen daher den Verkehrsminister, wenn er diese Gigaliner-Pläne ablehnt. Und wir wollen hier auch ein klares Nein von der EU."

Das Ladevolumen von jetzt drei Lkw künftig verteilt auf bloß zwei Fahrzeuge - damit will die Fahrzeugindustrie Gigaliner als ökologischen Beitrag "verkaufen". Falsch, sagen Studien: Weil der Güterverkehr auf der Straße durch solche Riesen-Lkw günstiger wird, wird der Lkw-Verkehr noch ansteigen. Dabei ist die Lage in Österreich jetzt schon kritisch: Der grenzüberschreitende Lkw-Verkehr steigt derzeit jährlich um rund 5,6 Prozent - und damit deutlich rascher als das Wirtschaftswachstum. Aber auch auf europäischer Ebene zeigt der Trend deutliche Rückgänge für den Umweltverbund Bahn und Schiff - von einem Marktanteil von 27,6 Prozent vor zehn Jahren auf jetzt 22,5 Prozent.

Die AK fordert daher:

- + Keine Änderung der EU-weit gültigen Zulassungsbestimmungen für Lkw im grenzüberschreitenden Güterverkehr.
- + Endlich Maßnahmen, damit die lange angekündigte Verlagerung von der Straße auf die umweltverträglichen Verkehrsmittel Schiene und Schiff endlich auf EU Ebene umgesetzt wird.
- + Den illegalen Wettbewerbsvorteilen der Straße muss durch rigorose Kontrollen der Einhaltung der Verkehrs- und Sozialvorschriften der Kampf angesagt werden und es braucht strengere Sanktionen, die sich am wirtschaftlichen Gewinn durch die Übertretungen orientieren.
- + Externe Kosten im Güterverkehr (Klimawandel, Luftverschmutzung, Unfallfolgekosten) müssen EU rechtlich in der Wegekostenrichtlinie verankert werden.
- + Die fahrleistungsabhängige Lkw-Maut muss bis 2010 auch auf das unterrangige Straßennetz ausgedehnt werden. Das Mautaufkommen soll zweckgewidmet und beschäftigungswirksam zur Finanzierung der Straßen- und Schieneninfrastruktur sowie des öffentlichen Nahverkehrs eingesetzt werden.

Rückfragehinweis:
Christian Spitaler
AK Wien Kommunikation
tel.: (+43-1) 50 165 - 2152
mobile: (+43) 664 45 43 43 6
mailto:christian.spitaler@akwien.at
wien.arbeiterkammer.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0079 2007-11-28/10:12

281012 Nov 07